

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Karina Wächter (CDU)

Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des banden- und gewerbsmäßigen Subventionsbetrugs

Die Staatsanwaltschaft Koblenz führt unter dem Aktenzeichen – 2050 Js 49160/20 – ein Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 19 bulgarische Tatverdächtige wegen des Verdachts des banden- und gewerbsmäßigen Subventionsbetrugs durch ungerechtfertigte Beantragung von Corona-Soforthilfen und wegen Beschäftigung Scheinselbstständiger.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Zu welchen Strafen wurden die 19 Tatverdächtigen – aufgegliedert nach Ausländerbehörde – zwischenzeitlich verurteilt?
2. Haben die Ausländerbehörden den Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt von EU-Staatsangehörigen gemäß Freizügigkeitsgesetz/EU in bei den 19 bulgarischen Tatverdächtigen festgestellt?
3. Welche Ausländerbehörden haben davon Rückführungsersuche an die Bundespolizei gerichtet?
4. Welche Maßnahmen haben die zuständigen Finanzämter bei den 19 Beschuldigten ergriffen?
5. Wurden die zu Unrecht erhaltenen Corona-Soforthilfen von den Tatverdächtigen zurückgefordert; wenn ja, fand auch tatsächlich eine Rückzahlung statt?
6. Wurden mittlerweile alle Scheinfirmen von den Gewerbeämtern bei den 19 Beschuldigten von Amts wegen abgemeldet?
7. Sind gegen die 19 unzuverlässigen Gewerbetreibende Gewerbeuntersagungen nach § 35 Abs. 1 Gewerbeordnung verfügt worden?

Karina Wächter